

DIE INDUSTRIELLE REVOLUTION UND DAS ENTSTEHEN DER ARBEITER- BEWEGUNG

Die wissenschaftlich-technische Revolution verändert heute, weit stürmischer und explosiver als es während der industriellen Revolution geschah, die Lebensbedingungen und Lebensweise der Menschen. Damals wie heute wurden materielle Voraussetzungen geschaffen, den gesellschaftlichen Fortschritt aller Menschen, die Befreiung aus unbegriffenen "Sachzwängen", den Einsatz aller Produktivkräfte im Interesse einer Emanzipation der arbeitenden Menschen zu ermöglichen.

Damals wie heute wird jedoch Wissenschaft und Technik von den Herrschenden nicht optimal im Interesse der Werktätigen eingesetzt, sondern nur soweit, wie es einmal zur materiellen Reproduktion der Arbeiter, wenn auch auf immer höherer Stufe, notwendig ist, zum anderen der Systemzwang nach permanenter Expansion der Wirtschaft es erfordert.

Damals wie heute führt die Aneignung der Produktivkräfte durch die Produktionsmittelbesitzer und die Verwertung der Arbeitsergebnisse im Interesse des Kapitals zu einer Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen auf der einen Seite und zu inneren systembedingten Krisen auf der anderen Seite.

Damals war es noch direkte physische Unterdrückung, mit der der Unternehmer die Maximierung seines Profits gegen die Interessen der Bevölkerung durchsetzen konnte.

"Die Entwicklung des Produktionsprozesses drängte in der Phase der Frühindustrialisierung zum permanenten Gebrauch der Maschine. Es war im Interesse der Kapitalisten nur folgerichtig, wenn sie einen Maximalprofit erzielen wollten. Unter diesen Bedingungen führte der Sieg der Maschine unvermeidlich zur Verlängerung des Arbeitstages und Intensivierung der Arbeit selbst", jedoch auch zu einem beschleunigten Anwachsen

der Arbeiterbewegung. "Der geringe Bildungsstand der Arbeiter in dieser ersten Industrialisierungsphase, ihre moralische Erniedrigung durch den Zwang, zur Erhaltung des eigenen Lebens nicht nur die eigene Arbeitskraft, sondern auch die ihrer Frauen und Kinder zu ständig sinkenden Preisen verkaufen, die Kinder in die Fabrik statt in die Schule schicken zu müssen und damit den eigenen Mangel an Ausbildung zu verewigen, machen die heftige Reaktion in der ersten Phase der Industrialisierung begreiflich." (1)

Schritt für Schritt gelang es den Arbeitern, in dem Maße, wie sie den organisierten Kampf gegen die Ausbeuter intensivierten, ihre soziale Stellung zu verbessern und die unmittelbare physische Verelendung abzuwenden, wobei ihnen - und so ist es noch heute - nichts freiwillig gegeben wurde. Und immer hatten die Herrschenden die passende Ideologie parat, um den Arbeitern die Verfehltheit ihrer Bestrebungen einzureden. Wurde damals (1810) noch die Forderung nach dem 10-Stunden-Tag als atheistisches Verbrechen an "christlicher" Arbeitstugend gebrandmarkt und als Utopie verspottet, so hat heute beispielsweise das demagogische Geschwätz von der Lohn-Preis-Spirale dieselbe Funktion. (2)

MONOPOLISIERUNG UND KONZENTRATION DES KAPITALS

Zwar hat sich die materielle Lage der arbeitenden Menschen im Lauf der Geschichte entscheidend verbessert, jedoch gemessen an den Möglichkeiten einer emanzipatorischen Entwicklung heute, hat sich ihre soziale Stellung verschlechtert. "Obwohl der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an der Bevölkerung fortlaufend zunimmt, geht der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen sowie der Anteil des materiellen Besitzes der Arbeiter und Angestellten am Volksvermögen zu-

rück. Demgegenüber kann die Bourgeoisie, die - aufgrund der Konzentration des Kapitals - zahlenmäßig abnimmt, ihre Anteile am Volkseinkommen und -vermögen vergrößern." (2) S. 334
Nach Huffschmidt (3) beträgt heute der Anteil der Arbeiter und Rentner am Gesamtvermögen 8,9 %.

Über 15.000 Millionäre, eine verschwindende Minderheit von 0,075 % an der Zahl der privaten Haushalte, verfügen heute über 50 % des vermögenssteuerpflichtigen Privatvermögens.

"25 große Konzerne vereinigen mehr als 40 % des westdeutschen Industrieumsatzes auf sich. Auf acht Gesellschaften der IG-Farbengruppe entfallen rund 50 % des Chemieumsatz. In der Elektroindustrie sind mehr als 50 % des Umsatzes auf Siemens, AEG, Bosch, Grundig und BBC konzentriert. Der Springer-Konzern beherrscht 89 % der überregionalen Tagespresse." (2) S. 199

KAPITALISMUS FÜHRT ZUM FASCHISMUS

Die Rolle der Großindustrie bei der Entfesselung der beiden Weltkriege

Durch 2 Weltkriege und den Faschismus ist doch wohl eine der übelsten Ideologien der Apologeten des Kapitalismus widerlegt, nämlich, daß privates Profitstreben mit den Interessen derer, die die Werte schaffen, also den Arbeitern und Angestellten, vereinbar sei. Tagtäglich bewahrheitet sich das, was Marx so beschrieb: "Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn. 10 % sicher, und man kann es überall anwenden; 20 % es wird lebhaft; 50 % positiv waghalsig; für 100 % stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 %, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens."

Immer rigider werden heute unter den Bedingungen sich verschärfender Konkurrenz unter den Monopolen und Mittelbetrie-

ben die Methoden der Kapitalverwertung, also der Gewinnmaximierung.

Der Textron-Konzern z.B. unterhält einige Dutzend Branchenabteilungen, von denen sofort diejenigen aufgelöst werden, die nicht die geforderte Kapitalverzinsung von 25 % erwirtschaften. Hier irrte also Marx, als er die untere Zinsgrenze für den Investitionsstreik der Unternehmer auf 10 % fixierte.

Wenn man heute die Funktion der Monopole und Rüstungskonzerne in der gesellschaftlichen Entwicklung untersucht, ist es notwendig, auch auf ihre Rolle in der jüngeren Geschichte einzugehen.

Die Entwicklung des Militarismus und Imperialismus seit der Industrialisierung sind nur durch das feed-back militärischer Großmachtinteressen, die natürlich auch ihre materiellen, d.h. ökonomischen Ursachen haben, und Profitinteressen der Privatindustrie, die in ihren Entscheidungen keinen gesellschaftlichen Kontrollen unterliegt, erklärbar.

Schon die Durchsetzung der aggressiven Flottenpolitik Wilhelms II. zeigt deutlich, wie geschickt es die Rüstungskonzerne schon damals verstanden, ihre eigenen Interessen als die des ganzen Volkes hinzustellen. Es wurde der Deutsche Flottenverein gegründet, in dem der Krupp-Konzern 1900 die Führung übernahm und der schon bald 600.000 Mitglieder hatte. Dadurch gelang es dem Krupp-Konzern sogar, durch diese Massenbewegung Druck auf den Reichstag zur Erhöhung des Auftragsvolumens auszuüben. Die Militärs verzichteten sogar auf gewisse Standesprivilegien, indem sie zuließen, daß auch nichtadlige in das Offizierskorps aufsteigen durften, was die Flotte natürlich noch populärer machte.

Damals stand auch die englische Regierung unter einem starken Druck der Stahlkonzerne, die geschickt Angstpsychosen unter der Bevölkerung hervorzurufen verstanden, um dann "im Interesse der Sicherheit" höhere Rüstungsausgaben zu fordern, was wiederum von der nicht minder cleveren deutschen Rüstungsindustrie als Aggressionsabsicht ausgelegt wurde und zum Anlaß für noch höhere Forderungen an den Reichstag genommen wurde. Als Tirpitz 1905 nach Bau der Dreadnought unter Ausnutzung der Marokkokrise eine Zusatzvorlage zur Erhöhung der Rüstungsausgaben erfolgreich durch den Reichstag brachte, wurde er weniger vom Reichstag angegriffen, als von der hinter dem Flottenverein stehenden Industrie, der selbst die größte Flotte noch zu klein war.

Nach dem Rücktritt v. Bülow's 1909 unternahm Bethmann-Hollweg ungeheure Anstrengungen, mit den Liberalen in England eine Verständigung in der Flottenabrüstung herbeizuführen. Jedoch wurden seine Anstrengungen durch Kaiser, Tirpitz, Flottenverein und Rüstungsmonopole zunichte gemacht.

Die Geschichte bis zum 1. Weltkrieg (und danach) ist voll von Rüstungsskandalen, Intrigien der Rüstungskonzerne gegen Abrüstungspolitik etc. Skrupellos bediente man sich - so wie heute noch - der korrupten Kompradorenbourgeoisie in unterentwickelten Ländern, um ohne Rücksicht auf Menschenleben neue Absatzgebiete für Waffenlieferungen zu finden. Die wichtigsten Länder für lukrative Waffengeschäfte waren damals der Balkan und Lateinamerika. Nach ihrer Niederlage durch die Balkanländer überredete der deutsche Militärattaché v. Stempel die Türken zur Wiederaufnahme der Kampfhandlungen. Ohne Wissen des Kanzlers, der nachher vergeblich versuchte, die Transaktion rückgängig zu machen, vereinbarte v. Stempel über den Exponenten des deutschen Finanzkapitals, die Deutsche Bank, einen Barkredit. Nun erhielt die Rüstungsindustrie einen neuen Aufschwung, da die Türkei ihr von den Balkan-Ländern geplündertes Waffenarsenal wieder auffüllen mußte.

Genauere Zahlen über finanzielle Transaktionen und Gewinnentwicklung der Rüstungsindustrie finden sich in (4). Der Ausbruch des Friedens 1918 führte die Wirtschaft in eine schwere Absatzkrise, da die Rüstungsaufträge fehlten.

Hier ist es besonders lehrreich, die Taktik der Rüstungskonzerne zu studieren, da sie prinzipiell noch heute angewandt wird.

Nach dem Krieg beteiligten sich die Konzerne intensiv an der Friedenspropaganda, um damit später, nachdem man einen äußeren Friedensstörer aufgebaut hat, um so mehr Sympathien für eine "Verteidigungspolitik" zu gewinnen.

Die ausländischen Konzerne mußten natürlich an einer Wiederaufrüstung Deutschlands interessiert sein, da dies einmal die Voraussetzung war, Deutschland zu einem potenten Wirtschaftspartner zu machen, zum anderen um einen äußeren Feind zu haben, den man als Druckmittel auf die eigene Regierung zur Bewilligung höherer Rüstungsaufträge benutzen konnte.

Diese Taktik läßt sich in allen historischen Phasen bis heute en detail nachweisen.

Ein weiteres Merkmal der aggressiv imperialistischen Strategie des Großkapitals ist der Zusammenschluß großer Konzerne zur organisierten Torpedierung von Friedenskonferenzen.

Einer gemeinsamen Aktion von Colt, du Pont, Union des fabricants d'armes de Liège, gelang es 1925 die Konferenz des Völkerbundes über die Kontrolle des Waffen- und Munitionshandels zu sprengen, indem sie den amerikanischen Kriegsminister zwangen, seine Absicht, den Lizenzzwang für alle Waffenkäufe vorzuschlagen, aufzugeben. Zur Verhinderung ähnlich profitmindernder Ereignisse, wie Friedenskonferenzen, gründeten die amerikanischen Rüstungskonzerne einen ständigen Ausschuß (dessen Funktion heute die amerikanische Regierung übernommen hat).

Zur Beschränkung eines bevorstehenden Abkommens über Beschränkungen im Flottenbau schickten die Bethlehem Shipbuilding Company, Newport News Shipbuilding Company und BBC den von einer Gruppe Marineoffiziere angeheuerten Lobbyisten B. Shearer 1927 nach Genf. Als Shearer nach erfolgreicher Arbeit zusätzliche 200 000 verklagen wollte, weil die Auftraggeber die Zahlung verweigerten, kam es vor Gericht zu sensationellen Enthüllungen. Z.B. ein Brief Shearers an Bethlehem Steel, in dem davon die Rede war, daß infolge seiner Tätigkeit 8 10 000 to-Kreuzer im Bau seien und daß nach dem Scheitern der Flottenkonferenz ein Bauprogramm für 71 Schiffe in Höhe von 740 Millionen \$ vorliegen.

Die Jahre 1924 - 29 waren Jahre der raschen Konzentration, der Produktion und des Kapitals. So entstand Ende 1925 einer der größten Trusts der Erde, die IG-Farben Industrie AG, mit einem Kapital von über 1 Milliarde Reichsmark. Zu ihm gehörten bereits bei der Gründung 78 Betriebe, z.T. in Spanien, Frankreich, der Schweiz, der Tschechoslowakei. Innerhalb eines Jahres stieg der Kurswert der IG-Farben Aktien um das 3 1/2-fache. Im Jahre 1929 entfielen auf die Betriebe dieses Monopols über 80 % der deutschen und 40 % der Weltstickstoffproduktion und beinahe 100 % der Produktion von synthetischem Benzin, Sprengstoffen und Farbstoffen in Deutschland.

Die Verbindung zum Staatsapparat wurde noch enger. Einer der Leiter des Trusts, Moldenhauer, war zeitweise deutscher Wirtschaftsminister, IG-Farben Direktor Warmbold begleitete diesen Posten sogar in 3 Kabinetten, während der Zeit der Weimarer Republik.

1929-32

Die Weltwirtschaftskrise machte der erhofften weiteren konjunkturellen Entwicklung ein Ende. Die Prosperität der

vorhergegangenen Jahre erwies sich als Scheinblüte.

- Die Arbeitslosenziffer überschritt in Deutschland bald die 6 Millionen-Grenze.
- Der Mitgliedsbestand der KPD wuchs 1928 bis 32 um etwa das 3-fache.

Es versteht sich wohl von selbst, daß diese Situation eine akute Bedrohung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung darstellte, und eine verschärfte Reaktion der herrschenden Finanz- und Industriekreise hervorrief.

Den Auftakt für die Gegenmaßnahmen bildete die Mitgliederversammlung des "Reichsverbands der Deutschen Industrie", wo Grundlagen als auch die konkrete Richtung der reaktionären Formierung deutlich wurden.

In der Diskussion wurde die Schaffung "einer festen und beständigen Regierung, die durchzugreifen ernsthaft gewillt ist" gefordert. "Ist das Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen, kann es sie nicht meistern, dann wird nichts anderes übrigbleiben, als wieder einmal, wie es ja bereits 1923/24 der Fall gewesen ist, sich auf das Gebiet der Notverordnungen zu begeben... Ein Ermächtigungsgesetz kann vielleicht noch die einzige Hilfe sein, die aus diesem Elend herausführt." (Aus Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1933).

Die nächsten Stationen auf dem Wege der systematischen Zerstörung der Weimarer Republik entsprachen genau den Zielvorstellungen der Industrieverbände. 1930 wurden die Sozialdemokraten im Kabinett abgelöst und durch einen Vertreter jener Kräfte ersetzt, die noch 1918 die Monarchie retten wollten (Brüning-Kabinett).

Damit wurde die Ausschaltung des Parlaments vorbereitet zu Gunsten einer ganzen Reihe von Notverordnungen, die in nächster Zeit in Kraft traten. Diese Politik wurde später "als erster Anfang einer Umkehr" vom Reichsverband der Deutschen Industrie begrüßt, doch genügte das offenbar noch nicht:

"Wir denken nicht daran, daß schon als Endprogramm der neuen Entwicklung anzusehen." (Veröffentlichung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie).

1931

In der nächsten Zeit gingen die Vertreter des Großkapitals vielmehr dazu über offen die NSDAP zu unterstützen.

- Die "Harzburger Front" bildete sich zur organisierten Unterstützung des Faschismus.
- Die Ruhrkohlen-Industrie z.B. führte pro Tonne verkaufter Kohle 5 Pfennig an die NSDAP ab.
- Hitler hielt auf Einladung eines Industrieklubs in Düsseldorf einen Vortrag, in dem er seine politischen Ziele darlegte.

1932

Eine Gruppe deutscher Monopolvertreter (Siemens, Thyssen, Krupp und Bosch) verlangt offen von Hindenburg die "Übertragung der verantwortlichen Leitung eines Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe", d.h. die Machtübernahme Hitlers.

Es läßt sich also ganz klar belegen, daß die Industrie unter dem Deckmantel des Notstands die Liquidation der bürgerlichen Demokratie betrieb, im schrittweisen Übergang von autoritären Methoden bis zur Errichtung der offenen faschistischen Diktatur.

Die Industrie ist nicht irgendwie in den Faschismus hineingeschlittert und hat dann, da ihr keine andere Wahl blieb, ihre Produktionsanlagen dem System zur Verfügung gestellt,

sondern

1. Die führenden Vertreter der Industrie und des Finanzkapitals haben bewußt ihre Macht für die Errichtung einer faschistischen Diktatur eingesetzt, um die einzige Alternative, die in der Krise möglich war, der sozialistischen Revolution zu verhindern.
2. Die weitere Entwicklung von der Macht-übernahme über die Aufrüstung bis zum Zweiten Weltkrieg und den KZs war nicht Hitlers Weg als Weg eines Irren, sondern blieb vor allem der Weg der Großindustrie.

Besonders die letzte These bedarf noch der Klärung und Verdeutlichung am konkreten Ansatz dieser Untersuchung - der Rolle des IG-Farben Konzerns.

Nach 1933 verstärkten sich die Maßnahmen zur Konzentration des Kapitals und der Produktion. ("Gesetz über die Bildung von Zwangskartellen 1933"). Innerhalb dieses Machtkartells entsandten die Großunternehmen einmal ihre Verwaltungsrepräsentanten in die staatlichen Wirtschaftsorgane wie in die politischen Legislativen und Exekutiven und übten dort eine beratende oder kontrollierende Funktion aus. Dies schloß jedoch den Konkurrenzkampf keineswegs aus, sondern dieser blieb immer, wie die Weiterentwicklung zeigt, als Kampf um die Führungsposition innerhalb der Manageroligarchie bestehen.

In der Analyse der Funktion der deutschen Großindustrie bei der Manipulierung der nationalsozialistischen Machtergreifung konnte bisher bewiesen werden, daß Hitler am 30.1.1933 die Macht nicht aus einem strukturellen Vakuum heraus ergriffen hat, sondern daß sie ihm nach einer von der Finanz-Industrie-Gruppe der montanen Schwerindustrie am 4.1.1933 in Köln erfolgten Verständigung mit dem Repräsentanten der Finanz-Industrie-

Gruppierung der Chemie- und Elektroindustrie zugespielt wurde, weil sich beide Gruppen angesichts der Wirtschaftskrise darauf einigten, die Krisenfolgen durch staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Rahmen einer forcierten Rüstungspolitik zu überwinden, womit gleichzeitig die von ihnen seit langem erstrebte militante Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges vorbereitet werden konnte.

Trotz dieser einheitlichen Meinung dieser beiden Hauptgruppen der Industrie vollzog sich jedoch im Machtkartell ein Führungswechsel. Kann man den deutschen Faschismus als die "offen terroristische Diktatur der reaktionärsten am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" bezeichnen und ist durch ausführliches Material bewiesen, daß die Representanten der Schwerindustrie (Krupp und Thyssen) genau jenen Teil darstellen, so kann dieser Positionswechsel nicht verwundern.

- so war es auch G. Krupp, der den Reichsverband der deutschen Industrie, danach die Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft maßgeblich beeinflußt (bis 1944 jährlich über 100 Mio. Reichsmark in die Kassen der NSDAP) und schließlich im "Generalrat der Wirtschaft" mit den anderen Vertretern der Großindustrie die Mehrheit besaß.

Auf die Frage eines amerikanischen Vernehmungsoffiziers, warum die Familie Krupp Hitler unterstützt habe, antwortete A. Krupp von Bohlen und Halbach u.a.:

"Die Wirtschaft braucht eine ruhige oder aufwärtssteigende Entwicklung. Infolge des Kampfes zwischen den vielen deutschen Parteien und der Unordnung gab es keine Möglichkeit für aufbauende Tätigkeit. Wir Kruppianer sind keine Idealisten, sondern Realisten. Mein Vater war Diplomat. Wir hatten den Eindruck, daß Hitler uns solch eine gesunde Entwicklung bescheren

würde. Tatsächlich hat er das getan...

Es gibt keine Ideale. Das Leben ist ein Kampf für das "Am-Leben-Bleiben", für Brot und Macht. Ich rede gerade heraus, denn das ist notwendig in dieser bitteren Stunde der Niederlage. In diesem harten Kampf brauchten wir eine harte und starke Führung. Hitler gab uns beides. Nach den Jahren seiner Führung fühlten wir uns alle viel besser ...

Die ganze Nation trat für die Hauptlinie, die Hitler verfolgte, ein. Wir Kruppianer haben uns niemals viel um Politik gekümmert. Wir wollten nur ein System, das gut funktionierte und das uns eine Gelegenheit gab, ungestört zu arbeiten. Politik ist nicht unsere Sache."

Als Krupp über die anti-jüdische Politik der Nationalsozialisten gefragt wurde, antwortete er:

"Wenn man ein gutes Pferd kauft, muß man ein paar Mängel hinnehmen".

Die neue Politik Hitlers bestand vor allem darin, seine schon 1932 vor Industrievertretern gemachte Versprechung, "die Krise durch Arbeitsbeschaffung, verbunden mit der Aufrüstung, zu bekämpfen". Die Meinung der beiden Gruppen ging lediglich in der Frage der Verwendung der Milliarden-Kredite auseinander.

Die Chemie-Industrie wollte vor allem den Ausbau ihrer synthetischen Produktion vorantreiben und ihn zum Hauptteil der Rüstungswirtschaft machen. Sie vertrat die Ansicht, daß die ausschließliche Orientierung der Aufrüstung auf die Schwerindustrie für einen modernen Betrieb unzureichend sei.

Sehr aufschlußreich ist das Studium der Rolle der IG Farben AG für die Machtergreifung des Faschismus; deren Nachfolger fordern (die IG-Farben) noch heute Entschädigung für verlorengegangene Investitionen in Polen im Bereich des ehem. Konzentrationslagers Auschwitz, wo die u.a. IG-Farben zwischen 1940 u. 45

Mehrere Werksanlagen errichtet hatten. Experten beziffern den Entschädigungsanspruch der klagenden Konzerne auf 18 Milliarden DM! Eine eingehende Analyse der IG-Farben AG befindet sich in (5).

DIE NACHKRIEGSENTWICKLUNG IN USA UND BRD

Fast unmerklich für die Beteiligten veränderte sich in den USA nach der Niederlage des Faschismus die Motivation für die militärische Großforschung, die doch während des Krieges als Schutzmaßnahme vor den Deutschen begründet wurde.

Die Forschung hatte sich schon soweit verselbständigt, daß die Rüstungseskalation nicht mehr zu bremsen war. Die Forschergeneration von Einstein wurde bald durch eine technokratische, unkritische abgelöst, die sich mit den gegebenen Bedingungen abfand. Der Gedanke an die unkontrollierbare Anwendung ihrer Forschungsergebnisse trieb Einstein u. L. Szilard fast zur Verzweiflung.

Wichtigstes Merkmal der Nachkriegsentwicklung war und ist die phantastische Geschwindigkeit, mit der neue Waffensysteme erfunden, verbessert und wieder verschrottet wurden. Meist werden Waffensysteme vor ihrer Erprobung verschrottet, weil sie ihren Zweck schon voll erfüllt, nämlich dem betreffenden Konzern Riesengewinne beschert haben. Auf dieser Basis entwickelte sich nun ziemlich rasch, was man den "militärisch-industriellen Komplex (MIK)" nennt. Dies ist das in den USA schon weiter als in der BRD entwickelte System von Steuerungs- und Finanzierungs-konsortien, bestehend aus Vertretern der Armee, der Rüstungs- und "zivilen" Industrie, und staatlichen Instanzen, das praktisch unkontrolliert und unkontrollierbar den gesamten Wirtschaftsprozess beherrscht.

Selbst in den herrschenden Kreisen der USA wurde die Bedrohung durch eine solche unkontrollierte Entwicklung schon früh erkannt. Bereits vor 1960 warnte der nicht gerade als progressiv verschrieene US-Präsident Eisenhower vor dem MIK. Sein Verteidi-

gungsminister C.F.Wilson, der von General Motors kam, und von welchem der bekannte Ausspruch stammt: "Was für GM gut ist, das ist auch für die Nation gut", lamentierte offen darüber, daß allzu viele Leute versuchten, die Rüstung für ihre Interessen auszunutzen! Für Eigentum, Geschäft, Wählerstimmen, Karriere etc.

Die amerikanische Nachkriegsentwicklung (und eng damit verbunden die deutsche) hat deutlich gezeigt, daß eine einmal eingeleitete industrielle Entwicklung, wenn sie das Ausmaß der derzeitigen Rüstungsindustrie angenommen hat (und nicht erst dann), eigenen Gesetzen gehorcht, die dadurch gegeben sind, daß die wichtigen Entscheidungen nicht durch übergeordnete gesellschaftliche, sondern durch individuelle Profitinteressen bestimmt werden und es keine Instanz gibt, die derartige Entwicklungen - und seien sie für die Gesellschaft noch so bedrohlich - aufhalten könnte.

Nur wer seine politische Erfahrung aus Schulbüchern schöpft, kann heute behaupten, der Staat könne eine solche Funktion, im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Interessenvertretung wahrnehmen.

Die Wirklichkeit sieht nämlich so aus, daß dieselben Regierungsvertreter, die wahlwirksam Fusionskontrollen befürworten, Messerschmidt, Bölkow und Blohm "zur Fusion gedrängt" haben. (So Blohm in einem Rundfunkinterview).

DIE WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE REVOLUTION

Wissenschaft und Forschung sind heute zur ersten Produktivkraft geworden, d.h. ihnen kommt im Produktionsprozeß heute die führende Rolle zu. Es gibt kaum ein Produkt, in dem nicht ein beträchtlicher Anteil wissenschaftlicher Arbeit vergegenständlicht ist. Es gibt kaum einen Produktionssektor, der nicht maßgeblich von Wissenschaft und Forschung abhängig ist.

So hat die Wissenschaft heute tiefgreifende Umwälzungen im gesamten Produktionsprozeß bewirkt und verändert ständig die Stellung des Menschen im System der Produktivkräfte und den Charakter der Arbeit.

Es läßt sich nicht rechtfertigen, den Bereich der Forschung nur von ihrem unmittelbaren Gegenstand, den sie behandelt, zu analysieren. Da Wissenschaft und Technik nicht im luftleeren Raum stehen, sondern erst in der gesellschaftlichen Anwendung ihren Sinn bekommen, ist es notwendig zu untersuchen, wie wissenschaftliche Erkenntnisse unter spezifischen Systembedingungen (hier: Kapitalist) verwertet werden.

Zu den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung siehe (6) bis (11). Denn was geforscht wird, in welchem Umfang und besonders mit welchem Schwerpunkt, hängt nicht von einem, die Entwicklung antreibenden Dämon ab, sondern ist Resultat von Entscheidungen, die aus einem ganz beständigem Interesse erwachsen, wobei immer konkret die Frage beantwortet werden muß, welche Rationalität hinter den Entscheidungen steckt und in welchem Interesse Entscheidungsgewalt ausgeübt wird.

Nach dem vorher gesagten, dürfte dies keine Frage mehr sein, besonders in Abetracht dessen, daß es den Monopolen heute schon nicht mehr genügt, Forschung und Entwicklung an den Hochschulen unter ihre Kontrolle zu bekommen, sondern daß es ihr erklärtes Ziel ist, mehr und mehr über die Ausbildungsinhalte in allen Bildungsbereichen an Einfluß zu gewinnen.

Siehe hierzu (12).

Dabei ist es ihrem Interesse sehr dienlich, daß der gesamte Bereich der Hochschulforschung sich durch extreme Intransparenz auszeichnet. Es gibt keine systematischen Daten über Auftraggeber, Auftragsvolumen, Sinn und Zweck der Forschungen etc.

Auftragsforschung, die privat finanziert wird, ist jeder öffentlichen Kontrolle entzogen. In mühseliger Kleinarbeit gelingt es nur, ein wenig Licht in das Dunkel zu bringen. (13)

Da die zur Aufrechterhaltung des technischen Fortschritts notwendigen Gelder oft die Risikobereitschaft der Privatunternehmer übersteigen, und die Gefahr der Profitminderung ständige Investitionsstreiks, die das Wirtschaftsgeschehen zu lähmen drohen,

heraufbeschwören, geht mit dem technischen Fortschritt ein immer größeres finanzielles Engagement des Staates im Interesse der Großunternehmer einher.

Die Zusammenarbeit zwischen Staat und Monopol läßt sich laut eigener Aussage der Monopolvertreter so beschreiben: Sozialisierung der Kosten und des Risikos; Privatisierung der Gewinne und Entscheidungen.

Ein weiteres Moment ist die relative Abnahme der Grundlagenforschung im Verhältnis zur angewandten Forschung. Das bedeutet in der Praxis ein weiteres Hemmnis des wissenschaftlichen, technischen Fortschritts, da die angewandte Forschung nicht effektiv, planvoll und im gesellschaftlichen Interesse bestmöglich eingesetzt wird, sondern wie es gerade die Verkaufsstrategie des Unternehmens oder die Marktlage erfordert; zudem lagert ein hoher Prozentsatz der Erfindungen in den Safes als Sperrpatente. Durch vertraglich geregelte Geheimhaltungsverpflichtungen vieler Forscher wird viel Arbeitskraft durch Doppelarbeit vergeudet. Bei militärischen Forschungen bleiben ca. 50 % unveröffentlicht, da sie Geheimhaltungsvorschriften unterliegen.

Die zukünftige Freiheit der Forschung an den Hochschulen wird so aussehen, daß die Freiheitsgrade von den Monopolen diktiert werden, was selbst die WRK zu der besorgten Aufforderung veranlaßte: "Die Universitätsinstitute sollten mit dem Abschluß und der Ausführung von Forschung auf Grund von Verträgen mit staatl. und privaten Geldgebern sich zurückhalten." Es kommt darauf an, in welchem Interesse Forschung angewandt wird; zur Destruktion oder zur Konstruktion, zur Unterdrückung oder zur Emanzipation, zum Krieg oder zum Frieden, im Einzelinteresse weniger oder im Interesse des Fortschritts aller.

Darum:

SCHLUSS MIT DER KRIEGSFORSCHUNG!

KONTROLLE DER AUFTRAGSFORSCHUNG!

Literatur

- 1) W.Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung S.13 f
- 2) Handbuch für Arbeiter und Angestellte S. 223
- 3) Z.Huffschmid:Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der BRD. S. 29
- 4) Hallgarten: Das Wettrüsten
- 5) H.Possin: Die ökonomische, militärische, politischen Ergebnisse aus Monopolvereinbarungen der IG-Farbindustrie AG mit amerik. Monopolen und deren Bedeutung für die Vorbereitung u. Durchführung des 2. Weltkrieges. Halle 1965
- 6) K.Marx:Das Kapital Bd. I,II,III
- 7) " :Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie
- 8) W.Hofmann: Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft
- 9) E.Mandel: Marxistische Wirtschaftstheorie
- 10) W.F.Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
- 11) J.M.Gillman:Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate
- 12) "Der Arbeitgeber" 1969/6
- 13) R.Rilling: Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD

Verantwortlich: Rolf Müller
Druck: ASTA-PRESS Karlsruhe